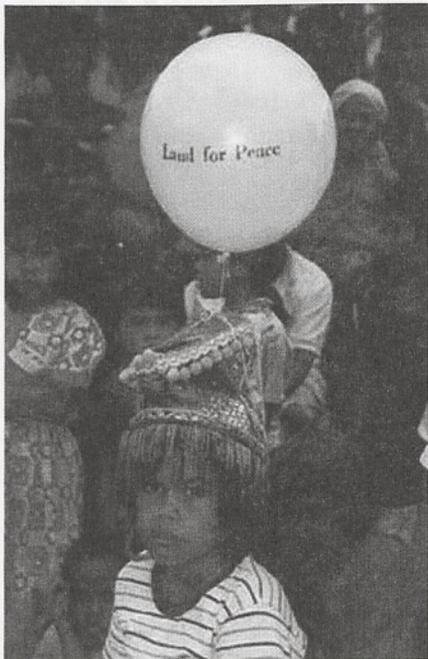


Im folgenden finden sich zwei (gekürzte) Artikel, die im März in der Webzeitung Bulatlat.Com erschienen sind und diese Position zum Ausdruck bringen. Auch wenn diese Position nicht unumstritten sein und so manche/n zum Widerspruch reizen dürfte, hat sich die Redaktion entschlossen, die Artikel zu veröffentlichen, weil sie pointiert einen weitverbreiteten Entwicklungsansatz hinterfragen. Tony Evans schreibt in seinem jüngst erschienenen Buch »The Politics of Human Rights«, dass Armutsbekämpfung integraler Bestandteil der Sicherung des Status quo durch die Eliten sei. Wo die Akzeptanz des niedrighschwelligenen Demokratieverständnisses neoliberaler Provinienz (low-intensity democracy) erodiere, werde humanitäre Hilfe und Armutsbekämpfung zur Herrschaftssicherung eingesetzt – bevor schließlich zum letzten Mittel gegriffen wird, um den Status Quo zu verteidigen: polizeistaatliche Methoden und militärische Intervention. Auch Nichtregierungsorganisationen müssen sich fragen, wie sie in dieser Hinsicht instrumentalisiert werden. Die Kritik an der Entwicklungshilfe dürfte zudem durch die Privatisierung von Entwicklungspolitik in Folge öffentlicher Armut und der eingeforderten »Stärkung der Eigeninitiative«, welche die neoliberale Umgestaltung unserer Gesellschaften mit sich bringt, zudem noch an Bedeutung gewinnen. ●



Heiße Luft — kritische Blicke auf die Zivilgesellschaft

Quelle: REAPS 2001

Zivilgesellschaft und die hohe Kunst der Kollaboration

von Sandra Nicolas

Der PEACE BONDS-Skandal ist nur der jüngste Vorfall, der den Bankrott der Ideen wie auch der Praxis der sogenannten »Zivilgesellschaft« aufdeckt hat. Die Geschichte von CODE-NGO und anderen Gruppierungen aus der »Zivilgesellschaft« ist ein mahnendes Beispiel dafür, dass ihre Taten nicht soziale Kräfte stärken, die einen gesellschaftlichen Wechsel ermöglichen können, sondern diese vielmehr in die Bedeutungslosigkeit treiben.

Die meisten Kritiker/innen sehen in den PEACE BONDS lediglich ein »unfeines Mittel für einen feinen Zweck«. Sie übersehen aber den Kern der Sache. Von Anfang hat CODE-NGO mit seinem Vorgehen die soziale Bewegung, die für einen echten Wandel eintritt, unterminiert.¹

In Idee und Praxis hat die philippinische Zivilgesellschaft, CODE-NGO eingeschlossen, viel dafür getan, das neoliberale Programm voran zu bringen und zu vervollständigen. Sie haben ganze Gemeinden dazu verleitet, an Wohlfahrtsprojekten teilzunehmen, und sie damit vom Kampf gegen systematische Ungerechtigkeiten bei der Ressourcen- und Machtverteilung abgebracht.

Politisch haben sie die Illusion verbreitet, Wandel sei durch Lobbyarbeit herbei zu führen und indem man mit den Mächtigen »konstruktiv zusammenarbeitet statt die Auseinandersetzung zu suchen.

Die Entmachtung der Bevölkerung

In Gemeinden im ganzen Land sind Tausende von selbst ernannten zivilgesellschaftlichen Organisationen (*Civil Society Organizations*: CSOs als Sammelbegriff für Nichtregierungsorganisationen: NGOs und Basisorganisationen: POs) aktiv — in sozioökonomisch ausgerichteten Projekten, bei der Einkommenssicherung (*livelihood*), in den Bereichen

Bildung, Gesundheit, Umwelt, Katastrophenschutz und vielen anderen. Schätzungsweise 5.000 bis 7.000 der insgesamt etwa 25.000 Nichtregierungsorganisationen beteiligen sich an solcher »Entwicklungsarbeit«.

Armut wird als ein Problem vor Ort abgetan, welches durch gutgemeinte Zuwendungen in Form von Kapital und anderen Ressourcen gelöst werden könne. Es wird nicht darum gekämpft, die Kontrolle über die Produktionsmittel zu erhalten, sondern lediglich darum gebettelt, einen Teil davon abzubekommen.

Doch im besten Falle werden bloß kleine Inseln der Hilfe geschaffen. In vielen Fällen — etwa bei den sogenannten Agrarreformgemeinschaften (ARCs), die um die knappen Gelder gegen andere Gemeinschaften konkurrieren — bewirken solche sozioökonomischen Projekte nur, dass andere Gruppen leer ausgehen. Am schlimmsten ist, dass die CSOs wie Arbeitsvermittlungen handeln, indem sie Frauen als Subunternehmerinnen für die Textilindustrie einstellen oder Bauern in Agrarreformenklaven Exportprodukte (*cash crops*) anbauen lassen. Die CSOs verdienen daran, dass sie die neoliberalen Strukturen und die wirtschaftliche Rückständigkeit gar noch fördern.

Auch im Bereich der sozialen Dienste sieht es nicht besser aus. Die CSOs erhalten Gelder für ihre Gesundheits- und Bildungsprojekte und brüs-

Dieser Artikel ist am 25. Februar in Bulatlat.Com erschienen.

ten sich dann damit, Lücken zu füllen. Alles, was sie damit erreichen, ist, dass sie der Regierung einen Vorwand liefern, den sozialen Bereich noch mehr zu vernachlässigen. Die Regierung setzt die Privatisierung der Gesundheits-, Wohnungs- und Bildungsversorgung fort und die NGOs finanzieren sich, indem sie die Fenster dieses baufälligen Hauses bunt anmalen. Sie benutzen ausländische Entwicklungshilfe und Wohltätigkeitsspenden aus der Wirtschaft, um soziale Dienstleistungen für eine Handvoll Gemeinden bereit zu stellen — als ob sie damit in irgendeiner Weise die Abmagerung der öffentlichen Kassen lindern könnten.

Die Sprache der CSOs ist prall gefüllt mit dem Vokabular der Linken: Organisieren, Basisorganisationen, *Empowerment*. Aber wo organisiert wird, ist es von kurzsichtiger Art und dient lediglich dazu, Projekte durchzuführen und Gutachten zu erstellen, um die Anforderungen der Geldgeber zu erfüllen.

Das Resultat ist eine Parodie einer »Stärkung der Basisdemokratie«, bei der ganze Gemeinden entpolitisiert und tiefgreifende Abhängigkeiten geschaffen werden. Soziale Kräfte werden schon früh neutralisiert, indem die Illusion erzeugt wird, die Machtfrage könne auf kommunaler Ebene gelöst werden — als ob ungerechte Verhältnisse ein Problem der Dorfgemeinschaften und nicht der Gesellschaft im Ganzen wären.

Mit den Unterdrückern unter einer Decke

Besonders seit dem Ende der Marcos-Diktatur feiern all diese Illusionen fröhliche Urstände. Unter Aquino, Ramos, Estrada und jetzt auch unter Arroyo brüstet(e) sich die Zivilgesellschaft damit, an der Regierung beteiligt zu werden und den Menschen eine Stimme zu geben. Doch das einzige, was sie im Zuge dessen vorweisen

kann, sind wohlfeil formulierte Regierungspapiere und Verlautbarungen voller Sonnenschein und künstlich gesüßter Hoffnungen.

Die sozialdemokratisch orientierte Zivilgesellschaft gab unter der Präsidentschaft von Corazon Aquino (1986-92) den Ton an. Aquino genoss ihre Unterstützung und belohnte dafür viele aus ihrem Führungspersonal mit Regierungsposten. U.a. in den Ministerien für Agrarreform, im Umwelt- und Ressourcenministerium und im Gesundheitsministerium wurden Verbindungsbüros für CSOs eingerichtet.

Damit waren die CSOs Teil einer Regierung, die ein nutzloses Agrarreformprogramm (CARP) mit auf den Weg brachte und gegen alle revolutionären Kräfte einen »totalen Krieg« führte. Das CARP entpuppte sich als geeignetes Mittel, einen großen Teil der Bauernbewegung zu entschärfen und der totale Krieg führte zu mehr Menschenrechtsverletzungen als unter Marcos.

Zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten

Die Richtung von Entwicklung bestimmt der, der am meisten bietet

von Sonny Africa

Der Witz über die »goldene Regel« ist überall bekannt: »Wer das Gold hat, bestimmt die Regeln«. Für NGOs bedeutet dies, immer dem verpflichtet zu sein, der sie mit Mitteln versorgt — statt sich dem einfachen Volk verpflichtet zu fühlen, dessen Interesse im Mittelpunkt stehen sollte. Und nicht ausländischen Geldgebern, der Regierung oder der Wirtschaft.

Das Resultat ist dann eine »Entwicklung«, die sich nach dem höchsten Angebot richtet — wo Sinnhaftigkeit der »Nachhaltigkeit« weichen muss, Prinzipien einem symbolischen Wohlfühlaroma, und wo statt echter Stärkung des Volkes Entpolitisierung und Kollaboration mit den oberen Klassen an der Tagesordnung ist.

Goldschürfen im Ausland

»Hier und heute« möchte man »konkrete Vorteile«, das »Mög-

liche« und »sofortige Einflussnahme« erreichen. Ein kostspieliges Geschäft, das immer erträglichere Wege der Geldbeschaffung erfordert. Das Wesen der CSOs verlangt nach Effizienz, wenn es darum geht, Geld zu beschaffen, um Gehälter und Büros bezahlen zu können. Und um Projekte »für die Armen« durchzuführen, damit man sein Dasein rechtfertigt.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) geben ihr bestes, um sich mit jedem gut zu stellen, der Entwicklungsgelder zu

vergeben haben. Bis in die späten 1980er Jahre waren dies hauptsächlich ausländische Geldgeber und die großen NGOs der Industrieländer, die in der ganzen Welt nach Entwicklungsprojekten suchten, die sie finanzieren dürfen.

1988 nach dem Fall von Marcos wurde die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) für die Philippinen auf 2,3 Milliarden US-Dollar vervierfacht, seitdem hat sie sich ungefähr auf dieser Höhe stabilisiert. Das Geld kommt von multinationalen Institutionen wie der Weltbank und der Asiati-

Noch unbedeutender aber wurden die CSOs unter der Präsidentschaft von Fidel Ramos (1992-98). Ramos machte sich ihre Illusionen von Macht zunutze, indem er sie geschickt davon überzeigte, Sitze in kommunalen Ausschüssen zu übernehmen und von der Regierung Aufträge anzunehmen, die sie in den Bereichen Agrarreform, Gesundheit oder Landnutzung aktiv werden ließ. Und damit sie sich noch wichtiger fühlen konnten, wurden ihnen Funktionären hohe Posten in vielerlei Regierungsbehörden angetragen.

Die CSOs begnügten sich dann damit, ein schwaches Sozialreformprogramm (*Social Reform Agenda*) und das Agenda 21-Programm zu entwerfen (siehe *südostasien 1/1998, S.72ff. u. 4/2001, S.69ff.*) und waren zufrieden, dass Ramos an einigen Sozialforen teilnahm.

Zur gleichen Zeit setzte Ramos das neoliberal beseelte Wirtschaftsprogramm *Philippines 2000*

um; die sechs Jahre seiner Präsidentschaft waren von einer besonders fanatischen Liberalisierung von Handel und Investitionen geprägt, von Privatisierung und Deregulierung in bislang unbekanntem Ausmaß – mit allen damit einhergehenden negativen Auswirkungen auf den Arbeitssektor, auf die Armutslage und das Allgemeinwohl.²

Die Bedeutungslosigkeit der CSOs erreichte ihren Höhepunkt jedoch unter der Präsidentschaft von Joseph Estrada (1998-2001). Viele Schlüsselfiguren der radikaldemokratischen NGO-Szene (*popdems*) warben für »Erap« und prägten sogar den komisch-tragischen Slogan »Erap para sa mahirap« (»Erap für die Armen«). U.a. gelangten das Agrarreformministerium und die nationale Weiterbildungsbehörde TESDA unter ihre Führung. Und die Nationale Antiarmutskommission NAPC, jenes Musterbeispiel symbolischer Politik, ist auch auf ihrem Mist gewachsen.

Entwicklung für wen?

Alles drehte sich darum, die »Regierung in die Pflicht zu nehmen« und »Platz für die Demokratie« zu schaffen. Die CSOs haben dabei jedoch de facto mitgeholfen, dass der Staat auch weiterhin zum Nutzen der Ausbeuterklassen agiert.

Grundlegend ist dabei die falsche Annahme, der Staat sei von den Klassen und der gesamten Zivilgesellschaft relativ unabhängig. Daher zielen die umfassenden Strategien und Taktiken der CSOs anscheinend darauf ab, die Regierung dazu zu bewegen, sich auf die Seite der Armen und des Volkes zu stellen. Als ob die herrschenden Klassen nicht an der vollständigen Herrschaft über den Staatsapparat festhalten und stattdessen den Forderungen der Zivilgesellschaft nachgeben würden.

Die Klassengrenzen markieren aber die wirkliche Spaltung der Gesellschaft. Ausschlaggebend ist, in

schen Bank für Entwicklung (ADB), aber auch von ausländischen Regierungen, z.B. aus den Vereinigten Staaten, Japan oder Deutschland. Wohin es fließt, das bestimmt auf philippinischer Seite meist die Regierung mit.

Ist doch egal, dass das Geld von denen kommt, die die treibenden Kräfte eines Wirtschaftsregimes sind, das unsere Volkswirtschaft rückständig hält und unser Volk in bitterer Armut hält – wie etwa die Weltbank oder die USA. Und es diese multilateralen Institutionen sind, die erzwingen, dass riesige Summen an Schuldentrückzahlungen auf amerikanische, japanische und europäische Banken fließen und den Staatssäckel leeren.

Streiten verpönt

Es gilt so viele Quellen von Entwicklungsgeld anzuzapfen: 500 Millionen US-Dollar ausländische Entwicklungshilfe für Projekte, die NGOs mit einbeziehen, und viele Hundert Millionen Pesos aus den Schatullen unserer Regierung. Die Projekte und Kampagnen der CSOs bleiben da eng an dem ausgerichtet, was die Geldgeber verlangen und

gehen all dem aus dem Weg, was den Geldfluss gefährden könnte.

Eine Untersuchung aus ihren eigenen Reihen – von CODE NGO aus dem Jahr 2001 – beobachtete ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Prioritäten der Geldgeber und den Programmen der Nichtregierungsorganisationen. Vorrangig wurden Projekte in den Bereichen Gesundheit und Ernährung (44 Prozent), Kleingewebe- und Einkommensförderung (43 Prozent), soziale Dienste (35 Prozent), Kleinkredite/Finanzierung (31 Prozent), Kooperationsaufbau (31 Prozent, davon wiederum 77 Prozent spezielle Bildungs- und Trainingsmaßnahmen) durchgeführt. Eher zweitrangig waren Bereiche wie Agrarreform (18 Prozent), städtische Armut (12 Prozent) oder Gewerkschaftsarbeit (3 Prozent). Der Bericht kam nicht umhin festzustellen, dass »wenige Nichtregierungsorganisationen Besitzreformprogramme durchführen«, und das nicht aus Gründen, die sich aus einem vernünftigen Entwicklungsansatz ergeben, sondern weil solche Projekte »anfällig für politische Konflikte sind und daher schwieriger durchzuführen«. Als ob die Anforderungen, die sich aus der Projektdurchführung ergeben, Vorrang verdienen würden

vor dem Angehen gegen strukturelle Ungleichheiten.

Die Vorliebe für nicht konfliktträchtige Arbeit passt gut zu der Wahl von Partnergruppen aus Bereichen, die die Auseinandersetzung eher nicht suchen: An der Spitze sind Jugend und Kinder (57 Prozent) und Frauen (53 Prozent), gefolgt von Bauern (35 Prozent), städtischen Armen (33 Prozent) und erst ganz unten in der Skala Arbeiter und Arbeitsmigrantinnen (13 Prozent).

Alles in allem ergibt sich ein merkwürdiges Gemisch aus Projekten und Partner/innen, die kaum die immensen Herausforderungen bei der Entwicklungsfrage verkörpern, von einer Lösung dieser Frage ganz zu schweigen. Anstatt die Leute zu organisieren werden diese dazu gebracht, still zu sitzen und auf Almosen zu warten. Die Untersuchung von 2001 befand weiter, dass von den beteiligten NGOs der Organisierung gesellschaftlicher Gruppen der geringste Stellenwert unter den »zentralen Kompetenzen« eingeräumt wird, nur 17 Prozent hielten dies für wichtig. Kompetenzen wie Projektleitung (38 Prozent), Geldbeschaffung (29 Prozent) und Beratungstätigkeiten (26 Prozent) schnitten weit besser ab.

welchem Umfang die Menschen über die Produktionsmittel verfügen, welcher Anteil am Mehrwert ihnen zukommt und welche politische Einstellung sie vertreten. Die offensichtlichste Trennungslinie verläuft dabei zwischen den Compradores (damit sind gemeint: die Eliten als Agenten der Ersten Welt, die Red.) und den Landbesitzer/innen auf der einen und den Arbeiter/innen und Bauern auf der anderen Seite. Davon auszugehen, dass es die ganze Gesellschaft sei, die sich gegen den Missbrauch des modernen Staates auflehne, ist albern.

Räuberische Barone der Bourgeoisie und Mafiosi sind in ganz Osteuropa am Ruder und auch nach zwei Volkserhebungen, den EDSAs 1986 und 2001, bleiben die Compradores, die Gutsherren und die kriminellen Eliten an der Spitze des neokolonialen Hafens namens Philippinen.

Radikaler Neuanfang

Letztendlich tragen alle die Projekte, Trainings, Workshops, Dialoge und das »In-die-Pflicht-nehmen« der Regierung äußerst wenig dazu bei, mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen oder die systembedingte Armut zu verringern. Die wirklichen Auswirkungen zivilgesellschaftlichen Engagements liegen viel eher darin, dass die Menschen entpolitisiert werden, dass Widerstand auf angenehme Pfade umgeleitet und im Übrigen eine harm- und wirkungslose Zusammenarbeit mit den wahren Unterdrückern betrieben wird.

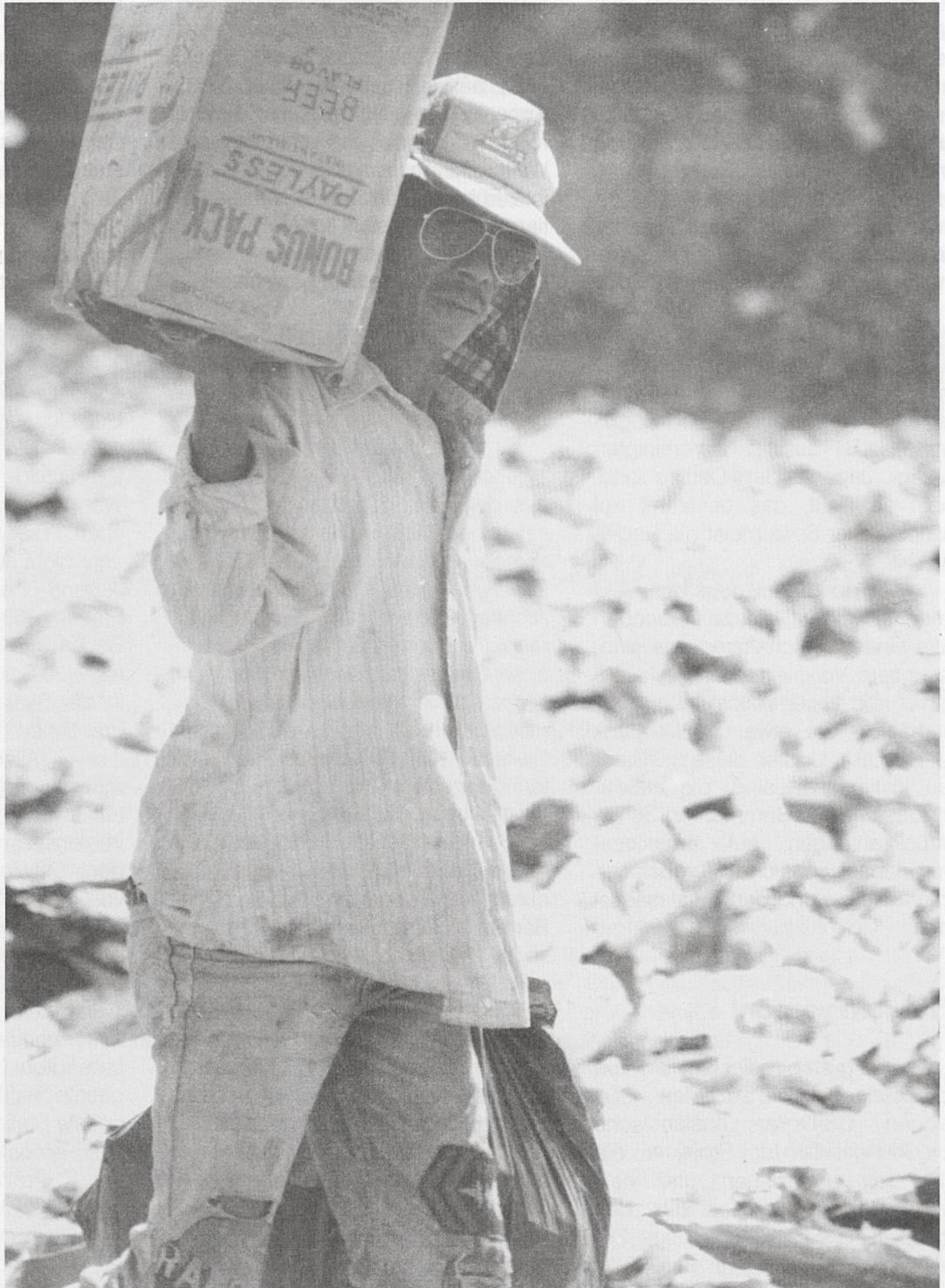
Statt sich einer klangvollen Rhetorik

hinzugeben, die bloß ein triviales Programm verdeckt, wird es aber die Herausforderung bleiben, die strukturellen Ungerechtigkeiten an zu gehen und sich dem System politischer und ökonomischer Macht entgegen zu stellen, auf das diese zurückzuführen ist.

Übersetzung: Rosa Grabe
und Heike Aurin

Anmerkungen

- 1) So war etwa die damalige Vorsitzende von CODE-NGO, Marissa Camacho Reyes, zugleich die Schwester des Finanzministers Isidoro Camacho. Das nationale Schatzamt, das die Anleihen ausgegeben hatte, untersteht dem Finanzministerium.
- 2) Das Netzwerk CODE-NGO war sogar im Lenkungsgremium der nationalen Wirtschaftsbehörde NEDA vertreten, die Philippines 2000 entworfen hat.



Mogelpackung — schaffen Entwicklungsgelder bloß Inseln der Hilfe?